

06.04.2016

Kleine Anfrage 4652

des Abgeordneten André Kuper CDU

Warum schränkt das Land den Einsatz von privaten Inkasso-Firmen für Kommunen ein?

Die Stadtverwaltung der Stadt Essen plant aktuell, die Schulden säumiger Bürger mit Hilfe von privaten Inkasso-Büros einzutreiben. Allerdings wird die Stadt Essen dies nur in geringerem Ausmaß als ursprünglich geplant angehen. Denn, wie der Kämmerer der Stadt erklärte, habe das Land massive Bedenken geäußert. Das bedeutet: Die Stadt darf daher keine Steuerschulden sowie Schulden aus dem sozialen Bereich über Dritte eintreiben lassen. Damit bleiben am Ende nur Ordnungs- und Bußgelder, ausstehende Mieten und Pachten. Statt 30 Millionen Euro, auf die sich die Ausstände der Bürger allein der Stadt Essen insgesamt summieren, bleiben für den Einsatz der Inkasso-Firmen nur noch rund zwei Millionen Euro übrig. Essens Stadtkämmerer rechnet damit, dass er am Ende davon 70.000 Euro tatsächlich in die Kasse bekommt. Der Test mit drei Inkasso-Firmen soll dennoch starten, um am Ende doch den Erkenntnisgewinn zu haben, dass dieses auch im Steuerbereich eingesetzt werden könne.

Derzeit kümmern sich rund zwei Dutzend Vollstreckungsbeamte allein in der Stadt Essen um offene Forderungen. Der Schritt, Private einzusetzen, soll das städtische Personal entlasten. Dabei geht es der Stadt Essen auch um ein Signal: Es dürfe nicht sein, dass der ehrliche Steuerzahler in Essen das Gefühl hat, er sei der Dumme und der säumige Bürger der Kluge.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung grundsätzlich das Potential zur Entlastung kommunaler Personalhaushalte durch den ergänzenden Einsatz von Privaten bei der Eintreibung von kommunalen Forderungen?
2. Welche konkreten Bedenken hat die Landesregierung gegen den Einsatz von Inkasso-Unternehmen auch im Bereich von Steuerschulden sowie Schulden im sozialen Bereich?
3. Für welche konkreten Bereiche von kommunalen Forderungen hält die Landesregierung die Möglichkeit der Nutzung privater Inkasso-Firmen für möglich?

Datum des Originals: 05.04.2016/Ausgegeben: 06.04.2016

4. Welche Kommunen nutzen bereits heute private Dritte für den Bereich kommunaler Forderungen?
5. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung die Eintreibung von kommunalen Forderungen zu verbessern?

André Kuper